

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: Daniel Leupi

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

Ich wohne (im Prinzip) in der eigenen Wohnung in einem Mehrfamilienhaus (keine der vier aufgeführten Varianten trifft darauf zu). Aktuell bin ich wegen der laufenden Sanierung unseres Hauses Mieter in einem Nachbarhaus.

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

Wir haben bis zur Sanierung unseres Hauses zwei der vier Wohnungen dem Jugendwohnnetz vermietet.

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Ich unterstütze die entsprechende SP-Initiative, die allerdings nur langfristig spürbare Effekte haben wird. Die Initiative hat zwei Knackpunkte: erstens das Ziel angesichts der hohen Boden- und Liegenschaftspreise zu einem bezahlbaren Preis zu erreichen und zweitens sicherzustellen, dass dann auch wirklich die sozial Bedürftigen in diesen Wohnungen leben.

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die GRÜNEN sind einer der Träger der Initiative.

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu

erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Eine gute soziale Durchmischung liegt im Interesse der Stadt und damit auch der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen. Jede/r Grundeigentümer/in profitiert von den Investitionen der Stadt in die Infrastruktur. Bei sehr grossen Arealen ist ein Mindestanteil für den sozialen Wohnungsbau deshalb gerechtfertigt.

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Unbedingt. Der Gemeinderat hat für den Mindestwohnanteil in bestimmten Gebieten gekämpft. Es geht daher nicht an, dass private Investoren diesen umgehen und Hotels etc. als Wohnanteil deklarieren.

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die Grünen werden diese Forderung im GR unterstützen. Die Unterstützung kann aus meiner Sicht aber auch auf andere Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus ausgedehnt werden.

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die systematische Ausdünnung der Wohnbauförderung auf Bundes- und Kantonsebene durch die Bürgerlichen muss ein Ende haben.

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Energetische Sanierungen müssen gefördert werden, damit das Ziel „2000-Watt-Gesellschaft“ erreicht werden kann. Die Fördermittel sind aber nicht zur finanziellen Entlastung der Hauseigentümer gedacht, sondern um Investitionen auszulösen und allfällige Mehrkosten zu verringern. Entsprechend müssen die MieterInnen auch davon profitieren. Bei Totalsanierungen sehr sanierungsbedürftiger Häuser sind Kündigungen aber wohl nicht zu vermeiden.

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Kündigungen alleine dazu auszusprechen, dass Wohnungen danach teurer vermietet werden können, sind klar missbräuchlich. Bei der Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen müsste ich den genauen Wortlaut kennen.

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

- Die Grünen haben die Initiative „Bezahlbar und ökologisch Wohnen!“ lanciert (ich bin Mitglied des Initiativkomitees). Wir fordern, dass die Stadt beim Thema Wohnen wieder vermehrt selber aktiv wird. Sie soll einer Stiftung 80 Mio. Franken für den Erhalt von günstigen und ökologisch sanierten Wohnungen zur Verfügung stellen. Diese Wohnungen sollen sich einfachen Standards genügen und so vor allem für Leute mit geringen Einkommen erschwinglich sein.
- Die Grünen unterstützen haben im Gemeinderat bei allen geeigneten Vorlagen (Stadtraum HB, Maagareal, Zollfreilager etc.) für höhere Wohnanteile bzw. für einen Anteil sozialen Wohnbau gekämpft.
- Die Grünen werden im Parlament alle wohnungspolitischen Vorstösse der SP und der AL unterstützen, die dieses Ziel verfolgen.
- Bei neuen Umzonungen oder Gestaltungsplänen muss die Stadt wohnungspolitische Ziele hartnäckiger geltend machen, als dies die bisherige Stadträtin Martelli gemacht hat.
- Dort wo es möglich und sinnvoll ist, soll verdichtet werden. Dies aber nicht um jeden Preis. Es soll Rücksicht auf den Charakter des Quartiers genommen werden.
- Nicht zuletzt ist aus Grüner Sicht auch der ständig steigenden Wohnraumfläche pro Person Einhaltung zu gebieten. Wir begrüssen die Absicht das Stadtrates, bei neuen Baurechtsverträgen entsprechende Vorgaben zu machen. Dieser Schritt war überfällig.